

Kubanische Klimapolitik und deutsche Verkehrswende

Die Juli-Ausgabe der Zeitschrift *Politische Ökologie* enthält einen Beitrag zu einem ungewöhnlichen Thema.¹ „Aus der Not geboren, aber erfolgreich“ – so charakterisiert Edgar Göll darin die Klimapolitik Kubas. In Gang gesetzt wurde der zunehmend umweltfreundliche Kurs der kubanischen Regierung demnach zum einen durch das Ende der Sowjetunion 1991 und den Verlust von 85 Prozent des kubanischen Außenhandels, zum anderen durch die Einsicht, dass die karibische Inselrepublik stark von den Folgen dramatischer Klimaveränderungen betroffen sein würde. Zu diesen heute spürbaren Folgen gehören Hurrikane sowie zunehmende Hitze und Trockenheit. Bereits 1992 wurden Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der per Volksabstimmung verabschiedeten Verfassung verankert. Während in den 1990ern private und genossenschaftliche Initiativen zur landwirtschaftlichen Nutzung städtischer Flächen initiiert wurden, findet seit 2005 eine Umstellung der Stromerzeugung auf regenerative Energien statt. Außerdem werden im Rahmen staatlicher Programme landesweit ineffektive Elektrogeräte ausgetauscht, um die Energie- und Klimabilanz zu verbessern. Zu den anhaltenden Problemen Kubas zählt der Autor eine „mangelnde Effizienz in den Unternehmen, träge Bürokratie“ sowie die „völkerrechtswidrige Blockade“ und die „permanente Subversion durch die USA“ (133). Ungeachtet dessen unterstützte die Bevölkerung die Umweltpolitik der Regierung, nicht zuletzt aus ökonomischem Interesse, weil der Tourismus zu den wichtigen Einnahmequellen des Landes gehöre. Die Erfolge der Politik unter restriktiven Bedingungen seien auch deshalb möglich, weil „Kuba ein konzernfreies Land“ sei und Profitinteressen „geringe Durchsetzungschancen“ hätten, allerdings führe auch ein „geringes Produktionsniveau“ zu niedrigen Emissionen (135).

Der Schwerpunkt des Heftes ist der deutschen und europäischen „Verkehrswende“ gewidmet. Die Bestandsaufnahme fällt kritisch aus. Christina Deckwirth analysiert den Einfluss der Autolobby auf die deutsche Verkehrspolitik. Unter anderem listet sie ein halbes Dutzend führender Lobbyisten auf, die einst bedeutende politische Ämter bekleideten und enge Kontakte zu Bundeskanzlerin Angela Merkel pflegen. In Brüssel verfügen Volkswagen, BMW, Daimler und der Verband der Automobilindustrie über 105 Vollzeitstellen. Zwischen 2014 und 2021 habe es mindestens 226 offizielle Treffen von Lobbyvertretern mit der EU-Kommission gegeben.

Weitere Beiträge befassen sich mit Güter- und Flugverkehr sowie mit den Beziehungen zwischen Finanzwirtschaft und Kohleindustrie. Mehrere Autorinnen und Autoren fordern „echte Preise“ und „Marktwirtschaft“ zur Erreichung klimapolitischer Ziele. Realistischer wäre es vielleicht, davon auszugehen, dass der „marktverzerrende“ Einfluss von Großkonzernen, Subventionen und Preisdruck

¹ *Politische Ökologie*, Bd. 164-165, Juli 2021, 148 S., 17,95 Euro (Druckausgabe), 13,99 Euro (E-book).

keine Abweichungen vom Kapitalismus sind, sondern dessen genuine Elemente. „Echte“ Preise und „wahre“ Marktwirtschaft erscheinen vor diesem Hintergrund als eine Fiktion.

Michael Zander

Gegen das Zentrum, den Zentrismus oder die Mitte?

„Gegen das Zentrum“ – so wird der Heftschwerpunkt der Herbstausgabe des deutschen *Jacobin* betitelt.¹ In den verschiedenen Beiträgen resümieren die Autor:innen den Wandel des politischen Systems in der Bundesrepublik und darüber hinaus, sie charakterisieren dabei eine Orientierung am bürgerlichen Zentrum bzw. der politischen Mitte als dessen wesentliches Merkmal und leiten daraus mögliche Perspektiven für linke Politik ab. Im Folgenden werden drei Beiträge des Schwerpunktes herausgegriffen und kommentiert.

Für den Einstieg in den Heftschwerpunkt konnte die *Jacobin*-Redaktion den ehemaligen Finanzminister Griechenlands Yanis Varoufakis gewinnen. Varoufakis rekonstruiert zentrale finanz- und europapolitische Entscheidungen der Bundesregierungen unter Angela Merkel und kommt zu dem Ergebnis, dass die Kanzlerin und ihre Kabinette eine „humanitäre Krise“ in Griechenland und ganz Europa herbeigeführt hätten, „um die Rettung von quasi-kriminellen deutschen Bankern zu tarnen“ (15). Auch den im Zuge der Corona-Pandemie aufgelegten Wiederaufbaufonds der EU kritisiert er und bewertet ihn als einen „Trostpreis“ (ebd.), da Merkel die aus seiner Sicht notwendige Verlagerung der Schuldenlast einzelner Mitgliedsstaaten auf die EU mittels Eurobonds vereitelt und das gesellschaftliche Klima weiter vergiftet habe. Bemerkenswert ist, dass Varoufakis keine grundsätzliche Analyse des Kapitalismus und der jeweiligen Regulationsmodi vornimmt, sondern sich in seiner Kritik vornehmlich an der Person Angela Merkels abarbeitet – was hinsichtlich des Endes ihrer Regierungszeit verständlich scheint, aber der Komplexität von ökonomischen Strukturen und staatlichen Apparaten wohl kaum gerecht wird.

Expliziter zum Schwerpunkt schreibt Chefredakteurin Ines Schwerdtner. Sie beschäftigt sich mit dem Zentrismus, der im politischen System der Bundesrepublik an Bedeutung gewonnen habe. Dieser löse Probleme lediglich an der Oberfläche und schaffe „gleichzeitig erst den Grund [...], auf dem sie gedeihen können“ (17). Alle großen Parteien seien in entscheidenden politischen Fragen nicht oder kaum mehr zu unterscheiden: „Das Ergebnis ist ein Wahlkampf, in dem niemand kämpft.“ (19) Stattdessen stehe eine entideologisierte Sachpolitik im Vordergrund der großen Parteien, die genauer betrachtet jedoch hoch ideologisch sei. In Anlehnung an Antonio Gramsci formuliert Schwerdtner, dass es durch eine vermeintlich an Sachfragen orientierte Politik gelinge, die „Interessen der Herrschenden als in der Sache selbst liegende Notwendigkeiten“ (18) zu

¹ *Jacobin*, Nr. 6 / Herbst 2021, 112 S., 10,00 Euro.

deklarieren, die augenscheinlich jedoch nicht im Interesse aller liegen. In der Folge würden die (inzwischen) von den Klassenkonflikten losgelösten, etablierten Parteien überwiegend nur noch als „Teil des ‚Mainstreams‘“ (ebd.) wahrgenommen – linke Parteien eingeschlossen. Die politische Linke müsse zu einem „kritischen Verständnis des Zentrismus gelangen“ (ebd.), um dem demobilisierenden und entpolitisierenden Politikstil des Zentrismus eine politische Alternative entgegenzubringen.

In Schwerdtners Ausführungen wird deutlich, dass sie den Begriff des Zentrismus gegenüber den der Mitte vorzieht. Dies begründet sie auf zwei Ebenen: Sowohl hinsichtlich der Sozialstruktur als auch hinsichtlich des politischen Spektrums spiele die Mitte in der politischen Kommunikation eine bedeutende Rolle. Dies verschleierte jedoch, dass in der Bundesrepublik weder eine große und sozial abgesicherte sozialstrukturelle Mitte vorzufinden sei noch eine politische Mitte in extremismustheoretischer Abgrenzung nach rechts und links, die – unter dem Dogma der Äquidistanz – Garant für Demokratie und Fortschritt sei. In der Tat könnte im Begriff des Zentrismus eine analytische Stärke liegen. Als Alternative zur politisch gefährlichen, analytisch unbrauchbaren und empirisch widerlegten Trennung des politischen Raums in demokratisch und „extremistisch“ kann so ein antidemokratischer Politikstil namens „Zentrismus“ verstehbar gemacht werden, der politische Alternativen sowie politisches Handeln diskreditiert und der gesellschaftliche Konflikte zuspitzt statt löst. Allerdings bleibt in Schwerdtners Artikel teilweise unklar, wie genau zentristische Politik charakterisiert werden kann und was unter hegemonietheoretischen Gesichtspunkten Strategien für die politische Linke seien könnten, um innerhalb des omnipräsenten Anrufs der Mitte eine Alternative zum Zentrismus vorzulegen.

Oliver Nachtwey argumentiert in seinem Artikel ähnlich wie Schwerdtner. Auch er diagnostiziert einen „Zug zur Mitte“ (28), der sich seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts vollziehe. Damit macht Nachtwey berechtigterweise klar, dass diese politische Strategie kein Spezifikum der Gegenwart ist, sondern in der Geschichte (mindestens) der Bundesrepublik eine lange Tradition hat. Indem sich Parteien an einem „Median-Wähler“ (29) orientierten, kappten sie ihre Bindung an Klassen und Milieus und machten sich damit zunehmend austauschbar. Alle politischen Vorschläge jenseits der liberalen Demokratie oder der Marktwirtschaft werden als nicht realistisch oder gar demokratieschädlich tituliert. Eine Konsequenz sei „eine doppelte Krise der Repräsentation der unteren Klassen und ihrer Anliegen [...] – erstens werden ihre Interessen weniger durchgesetzt und zweitens wenden sie sich von der Politik ab“ (31).

Terminologisch liest sich Nachtweys Beitrag nicht durchweg konsistent. Dessen Titel lautet „Extremismus der Mitte“, die Rede ist aber auch von einer „Radikalisierung der Mitte“ (30), einem „radikalen Zentrismus“ (31) oder, in Anlehnung an Tariq Ali, von einem „extremen Zentrum“ (ebd.). Die hinter den Begriffen stehenden Konzepte weisen jedoch auf unterschiedliche Analysen und Strategien: Gegen was soll sich nun linke Politik richten – gegen den von Schwerdtner und auch teils von Nachtwey hervorgehobenen Politikstil des Zentrismus, gegen

antidemokratische Einstellungsmuster einer vermeintlichen politischen Mitte, gegen die weit verbreitete Orientierung der vergesellschafteten Individuen an der sozialstrukturellen Mitte oder alles zusammen? Jedenfalls macht Nachtwey klar, dass die von ihm skizzierte Konstellation für die politische Linke strategisch schwierig ist – die neoliberale Ideologie zeigt auch hier ihre Wirkung: Es zeigen sich Tendenzen zur Distinktion unter den Klassen und Klassenfraktionen sowie zur materiellen und gesellschaftlichen Entwertung von Arbeiter:innen, denen in neoliberaler Manier vorgeworfen wird, „nicht genügend Aufstiegswillen aufgebracht zu haben“ (ebd.). Dies zu durchbrechen und – wie Ines Schwerdtner formuliert – eine „Organisierung der Arbeitenden in Gewerkschaften und Parteien“ (21) zu erreichen, ist wohl eine entscheidende Aufgabe linker Politik in den nächsten Jahren.

Dominik Feldmann

Das chinesische Entwicklungsmodell und die ökologische Nachhaltigkeit

Die Ereignisse um den Immobilienkonzern Evergrande im Herbst 2021 haben ein Schlaglicht auf den besonderen Charakter der chinesischen Wirtschaftsordnung geworfen: Während es einerseits immer wieder – wie zuletzt auf den Immobilienmärkten – zu einer Verselbständigung von Akkumulationsprozessen in wichtigen Wirtschaftsbereichen der VR China und selbst zu spekulativen Übertreibungen kommt, reicht andererseits offensichtlich die Steuerungsfähigkeit des Staates aus, um die Ausweitung partieller Ungleichgewichte zu gesamtgesellschaftlichen Krisen zu verhindern. Allerdings zeigt sich, dass die partiellen Disproportionen immer erst im Nachhinein korrigiert werden können, verbunden mit einem hohen Grad von Verschwendung und großen ökonomischen, sozialen und ökologischen Kosten.

Angesichts von Umweltkrisen und der – allein schon wegen der in Frage stehenden Dimensionen – gewaltigen globalen Bedeutung des chinesischen Entwicklungsmodells ist es von besonderem Interesse, ob es in China Voraussetzungen für eine planvolle und vorausschauende ökologische Steuerung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gibt. Im Folgenden sei auf zwei besonders interessante einschlägige Veröffentlichungen aufmerksam gemacht.

Die marxistische Zeitschrift *Monthly Review* gibt in einem Editorial¹ einen Überblick über Debatten zur chinesischen Umweltpolitik. Der kurze Beitrag referiert eine Vielzahl jüngerer Veröffentlichungen zum Thema. Die Einschätzungen der zitierten Autoren und Publikationen könnten gegensätzlicher kaum sein. Die meisten Beobachter stellen aber fest, dass das chinesische Wachstumsmodell bislang extrem umweltbelastend ist, dass jedoch derzeit von der Regierung große Bemühungen unternommen werden, um Umweltbelastungen zu reduzie-

¹ March 2021, Volume 72, Number 2, The editors.

ren und umweltschonendere Technologien einzusetzen. Ob dies gelingt, bleibt offen: Der Beitrag zitiert den Ökosozialisten John Bellamy Forster, der feststellt, dass hohes Wirtschaftswachstum, Mechanisierung der Landwirtschaft, Änderungen im Eigentumsrecht und die rasche Urbanisierung letztlich nicht mit dem von Xi Jinping verkündeten Ziel einer „ökologischen Zivilisation“ vereinbar seien. Immerhin wird deutlich, dass das Umweltthema inzwischen in den politischen Auseinandersetzungen der VR China einen hohen Stellenwert genießt.

Das österreichische *Journal für Entwicklungspolitik* widmet dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftsmodell und Umweltbelastungen in China ein ganzes Heft.² Kennzeichnend sei die „zweideutige Beziehung zwischen Staat und Markt“, heißt es im Überblickartikel der für das Heft verantwortlichen Herausgeber Daniel Fuchs und Frido Wenten (4). Bezogen auf die Umweltfrage wird China – wie auch anderen kapitalistischen Ländern – bescheinigt: „Die dominanten wachstumsorientierten wirtschaftlichen Entwicklungsmodelle sind bezogen auf die Umwelt nicht nachhaltig.“ (5) Michael Roberts stellt in seinem Beitrag drei verschiedene Erklärungsansätze für den chinesischen Wachstumserfolg vor: Während Neoklassiker die Ursache in der Abkehr vom marktunfreundlichen Fokus auf die Schwerindustrie hin zur Nutzung billiger Lohnarbeit sehen, stellen Keynesianer die Rolle staatlicher Investitionslenkung und die staatliche Kontrolle des Bankensektors in den Mittelpunkt. Marxisten dagegen sähen die partielle Außerkraftsetzung des Wertgesetzes als entscheidend an, eine Folge des hohen Staatsanteils. Dies habe zu relativ niedrigen Profitraten geführt (39). Dem widersprechen allerdings die Herausgeber. Zwei weitere Artikel enthalten umweltpolitische Fallstudien. Julia Marinaccio beschäftigt sich mit den Folgen des Verbots kommerzieller Abholzungen in Naturwäldern im Jahre 2017. Die Autorin bezweifelt, dass dieses Verbot, das einen hohen politischen Symbolwert habe, letztendlich durchgehalten werden könne und effizient sei. Benjamin Steuers Beitrag über das chinesische Abfall-Management beleuchtet den institutionellen Zusammenhang zwischen den bislang dominierenden informellen Praktiken der Abfallverwertung und jüngeren Versuchen, die Abfallbeseitigung und das Recycling stärker zu regulieren. Dabei kommt es dem Autor zufolge zu einer funktionierenden Kooperation zwischen informellen und staatlichen Akteuren, wobei der Freiraum der informellen Abfallsammler weiterhin beträchtlich sei (87).

Das Heft macht deutlich, dass die chinesische Umweltpolitik noch in ihren Anfängen steckt. Ob der als „Wendepunkt“ der chinesischen Politik angesehene Machtantritt von Xi Jinping 2012/2013 und der 2017 von der Kommunistischen Partei Chinas verkündete Anbruch einer „neuen Ära“ zu einer grundlegenden Wende im Verhältnis zur Natur führen wird, ob das chinesische Wirtschaftsmodell überhaupt zu der dazu erforderlichen vorausschauenden Wirtschaftslenkung in der Lage ist, bleibt offen.

Jörg Goldberg

²

JEP, vol. XXXVI 1-2020, China: Development Models and Environmental Governance.